



Parlamentssitzung 22. November 2010

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 20.40 Uhr

Vorsitz Christian Burren (parteilos)

Anwesend Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Bernhard Bichsel (FDP)
Heinz Engi (FDP)
Mario Fedeli (SP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)
Thomas Frey (BDP)
Martin Graber (SP)
Philippe Gu era (BDP)
Niklaus Hofer (SVP)
Franziska Keller (BDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Daniel Krebs (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Andreas Lanz (BDP)
Patrik Locher (EVP)
Ruedi Lüthi (SP)

Anna Mäder (SP)
Hans Moser (SVP)
Heinz Nacht (SVP)
Barbara Perriard (FDP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Jan Remund (Grüne)
Elisabeth Rüegsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Laavanja Sinnadurai (SP)
Hugo Staub (SP)
Stephie Staub-Muheim (SP)
Barbara Thür (GLP)
Thomas Verdun (SVP)
Ulrich Witschi (BDP)
Ursula Wyss (Grüne)
Rolf Zwahlen (EVP)

Entschuldigt Peter Burch (FDP)
Ignaz Caminada (CVP)
Hermann Gysel (EVP)

Urs Maibach (Grüne)
Christian Roth (SP)
Mark Stucki (FDP)

Gemeinderat Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Entschuldigt Ueli Studer (SVP), Vizepräsident

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

6. Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum - Detailbericht	199
7. 0624 Postulat (Grüne Köniz) "Velonetz Köniz"	205
8. 0812 Motion (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand"	207
9. 0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser"	207
11. 1008 Motion (BDP) "Park Liebefeld"	207
12. 1009 Postulat (BDP) "Könizer Strombörse"	210
13. 1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"	211
14. Verschiedenes	212

Begrüssung

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich begrüsse Sie zur Folgesitzung der Parlamentssitzung vom 15. November 2010. Wir beraten jene Geschäfte, die aus zeitlichen Gründen am letzten Montag nicht mehr diskutiert werden konnten.

Es sind 33 Parlamentsmitglieder, nach dem Eintreffen von Barbara Perriard um 19.20 Uhr, 34 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Christian Burren: Da Hermann Gysel abwesend ist, übernimmt Annemarie Berlinger-Staub die Stimmzählung. Betreffend dem Mikrofon, das für die Parlamentsmitglieder bereitsteht, gebe ich auf Wunsch der Technik folgende Information bekannt: Am Mikrofon muss nicht manipuliert werden, d. h. es muss weder herauf- noch heruntergeschraubt werden, die Aufnahmen sind so oder so klar und deutlich.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Christian Burren: Heute werden gemäss der Traktandenliste vom 15. November 2010 die Traktanden 6 bis 9 und 11 bis 13 beraten, Traktandum 10 ist an der letzten Sitzung behandelt worden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

6. Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum - Detailbericht

Kenntnisnahme; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsident Christian Burren: Als Sitzungsakten zu diesem Geschäft haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten sowie einen Detailbericht. Wir gehen wie folgt vor: Anschliessend an das Votum der GPK-Referentin erfolgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, eine allfällige Diskussion und die Abstimmung. Es findet keine Detailberatung statt.

GPK-Referentin Stephe Staub-Muheim (SP): Auf Zahlen und Auswertungen des Berichts "Subjektive Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz" gehe ich nicht im Detail ein, sondern ich picke lediglich einige Daten aus dem Bericht heraus, die weder subjektiv noch objektiv zu bewerten sind.

Zuerst halte ich fest, dass das allgemeine Sicherheitsgefühl in der Gemeinde Köniz sowohl tagsüber wie auch nachts als gut bis sehr gut bezeichnet werden kann. Dem Bericht kann entnommen werden, dass Lebensqualität mit Sicherheitsempfinden zusammenhängt und sie vor allem tagsüber auch als sehr hoch gewertet wird. Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) hat mir versichert, dass die Zusammenarbeit mit der Firma DemoSCOPE – die aus fünf Mitbewerbern ausgewählte Firma für die Ausarbeitung des Berichts – sehr gut war. Die Firma DemoSCOPE ging direkt auf die Wünsche der Gemeinde Köniz ein. Bei der Auswertung ist die Feststellung interessant, dass trotz zwei verschiedenen Arten der Befragung – eine telefonisch bei Bürger/innen ab 18 Jahren, zum Teil mit Vorgaben und eine bei Schüler/innen, die Antworten ankreuzen oder spontan schriftlich festhalten konnten – sehr viele Bewertungen und Aspekte deckungsgleich waren. Insgesamt sind 806 Interviews bei Bürgerinnen und Bürgern gemacht worden und 967 bei Schülerinnen und Schülern, eine doch grosse Stichprobenauswertung. Aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und von Vandalenakten bei Schulanlagen ist das Thema Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz vom Gemeinderat in die Legislaturziele 2006 – 2009 aufgenommen worden. Alt Gemeinderätin Marianne Streiff konnte bereits letztes Jahr die Resultate der Befragung bekanntgeben. Der Massnahmenkatalog und die direktionsübergreifende Zusammenarbeit sind unter Gemeinderat Urs Wilk erarbeitet worden und liegen nun vor. Das Ziel "Die Könizer Bevölkerung fühlt sich sicher im öffentlichen Raum" ist gemäss der Bevölkerungsumfrage erreicht worden. Zum Teil sind die Erwartungen sogar übertroffen worden. Ein pikantes Detail ist, dass für 27 Prozent der Befragten der Strassenverkehr und die Verkehrszunahme dringend zu lösende Sicherheitsprobleme sind. Erst

danach folgen Kriminalität und Gewalt. Bei den telefonischen Umfragen ist darauf geachtet worden, dass sowohl die Altersstrukturen ab 18 Jahren als auch in den einzelnen Ortsteilen die Anzahl Befragungen gemäss den Einwohnerzahlen berücksichtigt worden sind. An den Schulen ist für die Befragung jeweils die Oberstufe berücksichtigt worden. Bei den beiden Umfragen haben sich interessante Unterschiede ergeben. Während sich bei den Erwachsenen nur ein Viertel nachts unsicher fühlt, sind es bei den Jugendlichen zwei Drittel. Zu den unsicheren Gegenden in der Nacht zählen Bahnhöfe, Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, Freizeitanlagen und Quartiertreffs. Da nicht oder noch nicht motorisierte Jugendliche auf den öV angewiesen sind, gehören sie zu der Kategorie Anwender oder Betroffene und deshalb liegt dieser Prozentsatz deutlich höher als bei den Erwachsenen. Ebenfalls ist festgestellt worden, dass bei den Jugendlichen das Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren deutlich abgenommen hat; 13 Prozent sind der Meinung, dass es besser geworden ist und 24 Prozent betrachten es als schlechter. Das, sagt Werner Zahnd, Leiter der Abteilung Sicherheit, sei darauf zurückzuführen, dass sich immer jüngere Jugendliche abends vorwiegend draussen aufhalten und meistens ohne Begleitung von Erwachsenen. Aus den Resultaten der Befragung sind im Sinn von Sofortmassnahmen Leistungen bei der Kapo (Kantonspolizei) Bern eingekauft worden, die im Massnahmenkatalog detailliert zu erfassen sind. So nimmt die Kapo z. B. in Brennpunkten bei Bahnhöfen so genannte Berondungen vor. Auf die Frage, ob dies nicht nur ein Tropfen auf den berühmten heissen Stein sei, erklärt Werner Zahnd, dass die Routen nie gleich sind und somit nicht klar ist, wo genau eine Überwachung jeweils stattfindet. Mehr Polizeipräsenz wird von beiden Kategorien gewünscht. Weder von der Bevölkerung noch von den Schüler/innen, sind Videoaufnahmen gewünscht. Im Gegensatz zur Auswertung möchte der Gemeinderat aber eine neue Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum" gründen und ein Reglement für die Videoüberwachung auf öffentlichem Raum in Auftrag geben. Da mehrere Vandalenakte in Schulanlagen stattgefunden haben, die für die Gemeinde hohe Kosten zur Folge haben, erachtet es der Gemeinderat trotz der Befragung als wichtig, den Einsatz von Videogeräten zu prüfen und allenfalls zu reglementieren.

Die organisatorische Neuausrichtung im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum hat zum Ziel, dass alle involvierten Verwaltungsstellen in der Gemeinde Köniz koordiniert werden. Die Zusammenarbeit hinsichtlich der ordnungspolizeilichen und der sozialen Massnahmen im öffentlichen Raum sind damit koordiniert und verbessert. Bei Bedarf können die Runden Tische hinzugezogen werden. Der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum, der Arbeitsgruppe Jugend sowie den Runden Tischen werden die Aufgaben und Zuständigkeiten entsprechend zugeordnet.

Der Begriff Sicherheit ist wohl immer subjektiv, das hängt mit der Betroffenheit eines jeden Einzelnen zusammen. Durch gezielte Fragen betreffend Verhalten, Aufenthalt in der Gemeinde, etc. wird jedoch die Sicherheit thematisiert und somit zu einer objektiven Grösse bestimmt. Werden Sprayereien oder Tags entfernt und das Littering abtransportiert, ist das nicht nur gemäss dem Motto "wehret den Anfängen" oder "the first broken window", sondern diese Arbeit ist sehr wichtig. Beim Entfernen von Littering gibt es allfällige Zielkonflikte, da nur der Verursacher auf der Strasse gebüsst werden kann, nicht aber die Firma, die das Einweggeschirr liefert. Mit diesen Anbietern kann die Verwaltung aber Verträge aushandeln.

Zu den Finanzen: Für die Bevölkerungsbefragung wurde ein Nachkredit in der Höhe von 62'000 Franken bewilligt. Die neuen Konzepte und vorgeschlagenen Massnahmen sind im Voranschlag 2011 enthalten. Damit das gute Sicherheitsniveau gehalten werden kann, müssen die Gemeinde und der Steuerzahler bereit sein, Geld in die Sicherheit zu investieren, z. B. in zusätzliche Kapo-Stunden für Berondungen, für die Zusammenarbeit der beiden Direktionen DSL und DSB und den Arbeitsgruppen oder für das Einschalten der Runden Tische. Durch diese Inden-Weg geleitete Massnahmen, Koordinationen und Neuausrichtungen im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum, können wir hoffen, dass das hohe Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gehalten wird und keine gravierenden Probleme wie z. B. ein Drogenumschlagplatz im Park Liebefeld oder Sexualdelikte an Schulen je aktuell werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Christian Burren hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Wir danken dem Gemeinderat für die ausführlichen Abklärungen und den vorliegenden Bericht. Die Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum ist schon lange ein Kernthema der FDP und wir Bürgerinnen und Bürger sind immer wieder indirekt – leider ab und zu auch direkt – betroffen, wenn die Sicherheit versagt. Gerade vor einer Woche konnte der Tagespresse entnommen werden, dass in Köniz Polizisten mit Feuerwerk beworfen worden sind und Verstärkung anfordern mussten. Am 16. November 2010 ist in

Schöpfen die Wiedereinführung von Videokameras im Bahnhofsbereich diskutiert worden. Der gut verfasste Detailbericht zur Thematik ist sehr wertvoll und richtungweisend. Die Kombination einer Bevölkerungsbefragung mit der Befragung von Oberstufen-Schülerinnen und –Schülern erscheint uns sinnvoll.

Zu den Resultaten und Massnahmen: Die Diskrepanz in der Beurteilung der Sicherheit durch die beiden Gruppen haben wir als sehr interessant und etwas unerwartet gewertet. Gewalt scheint sich meist unter den Jugendlichen selber abzuspielen und bleibt vielfach vor den Erwachsenen verborgen. Ein Hauptproblem in Bezug auf die Sicherheit scheinen für die Jugendlichen besonders die Abend- und Nachtzeiten und dies an bestimmten Standorten – öV-Haltestellen, Freizeitanlagen, Bahnhöfe, Schulareale – zu sein. Erschreckend ist in unseren Augen, dass 35 Prozent der befragten Jugendlichen ausgesagt haben, dass sie sich am Abend und in der Nacht draussen im öffentlichen Raum der Gemeinde nicht sicher fühlen. Ebenfalls erschreckend ist die Aussage, dass in den letzten fünf Jahren immerhin 10 Prozent der Erwachsenen und 14 Prozent der Oberstufenschüler/-innen der Gemeinde Köniz Opfer einer Straftat geworden sind. Das ist aber nicht nur ein Könizer-Problem, sondern auch in anderen Gemeinden und Städten der Fall.

Die Schlussfolgerungen für den Gemeinderat sehen wir wie folgt: Die von den Befragten geäusserten Sicherheitsanliegen müssen ernst genommen werden und das werden sie auch. Lösungen müssen raschmöglichst gesucht werden. Die genannten Unsicherheitszonen in der Nacht müssen angegangen und konkrete Massnahmen sind umzusetzen. Die Videoüberwachung sehen wir nach wie vor als eine sinnvolle Möglichkeit, auch wenn die Umfrage dies nicht so populär beurteilt hat. Ich als Arzt erlaube mir folgende Bemerkung: Videoüberwachung ist etwa so wenig populär wie die Grippeimpfung, sie hat aber einen sehr guten präventiven Charakter und wirkt erst noch gut. Die Videoüberwachung muss thematisiert werden.

Die FDP-Fraktion fordert deshalb von der neu gebildeten Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum", dass Richtlinien betreffend Videoüberwachung geschaffen werden.

Die am 15. September 2010 beschlossenen Massnahmen des Gemeinderats sind ein sehr guter Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme der Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum anzugehen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Fraktion der Grünen findet den vorgelegten Bericht grossmehrheitlich gut. Er ist eine nützliche Basis für das Angehen guter Massnahmen, um die aufgezeigten Schwachstellen anzugehen. Grossmehrheitlich deshalb, weil nicht alle mit allen Punkten des gemeinderätlichen Fazits einverstanden sind. Ich komme darauf zurück. Zwar ist auch uns aufgefallen, wie prominent der Verkehr als Gefahr – mindestens für die Erwachsenen – hervorgekommen ist. Kontrolle und Verkehrserziehung sind sicher wichtig, für längerfristig nachhaltige Verbesserungen müssen aber unbedingt entschiedenere Massnahmen im Langsamverkehr, im Veloverkehr und in der Steuerung des Verkehrsflusses geplant und umgesetzt werden. Ich komme zum Schwachpunkt: Die unsichere Situation von mindestens einem Drittel der Jugendlichen kommt im Fazit des Gemeinderats zu wenig deutlich zum Ausdruck. Denn nur zwei Drittel der Jugendlichen sind mit der Lebensqualität zufrieden und das ist zu wenig. Wenn sich mehr als ein Drittel der Jugendlichen ab 18.00 Uhr draussen nicht mehr sicher fühlt, ist das bedenklich. Dem muss Rechnung getragen werden. Zum Glück ist diese Situation bei den vorgeschlagenen Massnahmen durchaus berücksichtigt worden. Auch die Juk (Jugendarbeit Köniz) weist in ihrem Jahresbericht darauf hin, dass sich die Jugendlichen gerne am Abend draussen befinden. Wer selber Jugendliche in der Familie hat, weiss das. Oft kommen die Jugendlichen auch am Abend heim vom Sport, von der Musik oder anderen Tätigkeiten und wir sind froh, wenn sie sich dann sicher fühlen und sicher sind. Die Situation der Jugendlichen ist nicht so gut wie sie sein sollte. Der Bericht zeigt auf, dass das grösste Problem für die Jugendlichen nicht der Strassenverkehr ist, sondern die Bedrohung durch Gewalt und Jugendkriminalität. Ein grosser Teil der Gewalt spielt sich sogar unter ihnen selber ab und bleibt uns Erwachsenen oft verborgen. Hier besteht klarer Handlungsbedarf. Auch der Bericht kommt auf Seite 24 zu diesem Schluss und sogar die Jugendlichen selber wünschen sich mehr Polizeischutz. Eine Schwierigkeit ist sicher, dass Jugendliche, manchmal schon Kinder, uns Erwachsenen lange nichts von ihren Schwierigkeiten mit Gewalt, Mobbing oder anderen Angriffen erzählen. Sie sind oft in einem Alter, in dem solches überhaupt nicht cool ist. Man will die Probleme zuerst selber bewältigen. Vielleicht besteht sogar die Angst, dass man umso mehr befürchten muss, wenn man etwas erzählt. Um hier weiter zu kommen, muss mit den Jugendlichen auf einer Vertrauensbasis gearbeitet werden können. Deshalb wäre z. B. die letzte Massnahme gut, die der Gemeinderat im Massnahmenpaket auflistet: In Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern ist ein Projekt geplant, dass die Sicherheit und den Vanda-

lismus auf den Schul- und Sportanlagen aus gesellschaftlicher Sicht angehen soll." Leider fehlt aber genau dort ein Zeitplan und es verwundert auch nicht, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei der Schulsozialarbeit gespart werden muss. Wollen wir aber für Jugendliche und Kinder Effektives leisten, das sie selber packt und einbezieht, muss das dort angegangen werden, wo sie sich selber am meisten und längsten aufhalten, und das ist die Schule. Aus diesem Blickwinkel ist die Arbeit der Schulsozialarbeitenden deshalb sehr wichtig. Gerade in den Schulen kann mit ihnen verbindlich an einem gewaltfreien Klima und an fairen Konfliktlösungen gearbeitet werden. Das bedingt aber verlässliche Beziehungen und dafür müssen die Schulsozialarbeitenden greifbar sein. Sie müssen täglich Vertrauen aufbauen können und die Mechanismen zu verstehen versuchen. Deshalb können die Schulsozialarbeitenden nur bedingt für mehrere Schulen gleichzeitig eingesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass hier am falschen Ort gespart wird und bitte den Gemeinderat, dort nochmals gut hinzuschauen und auf die Erfahrungen der Schulsozialarbeitenden vor Ort zu hören. Die übrigen für die Gewaltprävention von Jugendlichen vorgesehenen Massnahmen begrüßen wir, ganz besonders zielführend finden wir in den verschiedenen Ortsteilen die Arbeit der JUK und die Runden Tische. Die Erfahrungen vor Ort zeigen, dass diese sehr wichtig sind für die Analyse und die Bewältigung von schwierigen Situationen. Auch in Wabern wurde mit einem Runden Tisch sehr gute Erfahrungen gemacht. Anwohnende, der Quartierverein, Eltern, Schulen und Kirchen sind einbezogen worden. Man hat sich ernst genommen gefühlt, wenn etwas passiert ist, man konnte sich austauschen, man lernte die Ansprechpersonen der Jugendarbeit und der Polizei direkt kennen und hat Tipps erhalten. Aus dem Runden Tisch sind zum Teil freiwillige Massnahmen entstanden, z. B. in Wabern die Sommerabendspaziergänge, die einerseits zum Dialog und andererseits auch der Beruhigung gedient haben. Wir begrüßen auch die Neuorganisation der Arbeitsgruppe.

Barbara Perriard trifft ein.

Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP): Ich habe den Bericht mit Interesse gelesen und mit Freude festgestellt, dass die Gemeinde Köniz für viele Bewohnerinnen und Bewohner – ob alt oder jung – eine sichere Gemeinde mit einer hohen Lebensqualität ist. Aber auch die Gemeinde Köniz ist nicht perfekt und deshalb ist es wichtig, dass die Resultate nicht ad acta gelegt werden, sondern die Gefühle und Ängste wirklich ernst genommen werden, dass man sich aber auch daran freut, dass es in der Gemeinde gut läuft. Der Gemeinderat hat dem mit der Ausarbeitung des Massnahmenplans Rechnung getragen. Es sind Massnahmen enthalten, die auf die Bevölkerung zugehen und sie animiert, die Lebensqualität auf freiwilliger Basis zu optimieren, z. B. durch die Runden Tische, die in verschiedenen Orten organisiert werden oder die sogenannten Visi-Speed-Geräte, mit welchen sich Autofahrende selber kontrollieren können. Einigen können diese Massnahmen einen Stoss in die richtige Richtung geben, wie z. B. das Büssen von Littering oder die Überwachung von Schulanlagen und Brennpunkten durch Sicherheitsunternehmen. So ergänzen sich die Massnahmen sehr gut. Ich betone, dass die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Ausarbeitung eines Reglements für die Überwachung im öffentlichen Raum befürwortet. Natürlich kann durch einen solchen Katalog nicht erreicht werden, dass im nächsten Bericht alle Balken nur noch grün sind und wir keine Probleme mehr haben. Es sind jedoch wichtige Schritte für die Erhöhung der Lebensqualität in der Gemeinde Köniz. Vor allem müssen wir uns bewusst sein, dass die Lebensqualität und die Sicherheit nicht einfach nur durch solche Massnahmen steigen, sondern dass wir alle selber gefordert sind, Abfall zu entsorgen oder in einer brenzligen Situation Zivilcourage zu zeigen.

Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP): Seit es Leben auf der Erde gibt, ist Sicherheit ein zentrales Thema. Der Zeitpunkt für eine subjektive Sicherheitsbefragung ist immer gegeben. Die Umfrage ist wichtig und es ist sehr gut gearbeitet worden. Die SVP-Fraktion spricht hier ihren Dank aus. Mit grossem persönlichem und beruflichem Interesse habe ich den Bericht gelesen und erkläre mich von den Resultaten als nicht erstaunt, weil ich genau so empfinde. Ich bin ausserdem der Meinung, dass der Bericht auf sämtliche Agglomerationsgemeinden rund um Bern zutrifft. Er zeigt die Tendenzen klar auf, erfreuliche wie auch sehr bedenkliche und er gibt uns die Möglichkeit, entsprechend anzusetzen. Bedenklich ist in unseren Augen, dass es sich grösstenteils um gesellschaftliche Probleme handelt. Die Sicherheit beginnt in unseren Augen daheim am Familientisch. Wie löst man solches, wo kann die Sicherheit gesteigert werden? Es ist eine riesige Aufgabe und wir dürfen uns nicht verleiten lassen, indem wir nur noch bei einer Firma Stunden für Überwachungen einkaufen. Das wäre der falsche Weg. Es ist sicher ein Mittel unter vielen, aber nicht mehr. Ich animiere Sie alle im Raum, selber Initiative zu ergreifen. Wir danken für den Bericht, er wird Kosten auslösen. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP): Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das Erstellen des Sicherheitsberichts, der über die subjektive Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum informiert. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst und schätzt den Bericht sehr. Wir äussern uns jedoch teilweise auch kritisch zu den vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen. Dazu später. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass das subjektive Sichwohl-fühlen ein wichtiges Gut ist. Es ist kein absolutes Kriterium, aber wir unterstützen, dass der Gemeinderat genau hinschaut und benennt, wo es im Zusammenleben im öffentlichen Raum Probleme gibt. In den Augen der SP/JUSO-Fraktion – darauf sind wir stolz – ist sehr erfreulich, dass die Lebensqualität in Köniz als hoch empfunden wird. Der Bericht zeigt klar auf, dass eine Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass sich die Sicherheitslage auf einem eher stabilen Niveau bewegt. Das ist grundsätzlich erfreulich und doch etwas erstaunlich, weil die durch die Presse vermittelte Wahrnehmung eine etwas andere ist. Die Befragung zeigt nun aber, dass jedenfalls in der Gemeinde Köniz die Sicherheitslage in den letzten Jahren als stabil empfunden wird. Überraschend ist, dass bei den Erwachsenen 30 Prozent spontan den Strassenverkehr bzw. die Verkehrszunahme als dringendstes Sicherheitsproblem in der Gemeinde Köniz benennen. Zu denken muss uns das vor allem auch geben, weil dieser Wert gemäss der Firma DemoSCOPE höher liegt als in anderen Kantonen, wo dieselbe Frage gestellt worden ist. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Sorgfältig zeigt der Bericht auch auf, wie sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und der Schülerinnen und Schüler im Einzelnen darstellt. Während sich die meisten Personen tagsüber sicher fühlen, sinkt das Sicherheitsempfinden nachts deutlich. Insbesondere Jugendliche fühlen sich am Abend draussen unsicher, auch das muss zu denken geben und hier besteht klarer Handlungsbedarf. Ebenfalls Handlungsbedarf besteht bei den Problembereichen Littering und Vandalismus. Vor allem Bahnhöfe scheinen in der Nacht unsichere Gegenden zu sein, das ist schlecht, weil Bahnhöfe schlecht gemieden werden können, wenn man mit der Bahn unterwegs ist. Auch hier ist hinzuschauen, weil diese wichtigen Drehscheiben des öffentlichen Verkehrs sicher sein müssen. Wir stellen im Weiteren fest: Die Polizeipräsenz wird von der Bevölkerung geschätzt, von 39 Prozent der Bevölkerung werden noch mehr Patrouillengänge verlangt und von 24 Prozent mehr Verkehrsüberwachung. Aus dieser Forderung ist ein grosses Vertrauen gegenüber der Polizei sichtbar; das ist gut so und soll den Ordnungshütern ein Lob sein. Zu denken gibt mir hier, dass Jugendliche ein härteres Durchgreifen der Polizei wünschen. Das ist Zeichen einer verunsicherten Jugend, die Gewalt von ihresgleichen fürchtet, wie im Bericht festgehalten. Hingegen verlangt nur gerade 1 Prozent der Bevölkerung mehr polizeiliche Aktivitäten mittels Videoüberwachung. Dieses Verdikt sollen sich alle im Saal zu Gemüte führen, die seit langem dringenden Handlungsbedarf bei der Videoüberwachung sehen.

Damit komme ich zu den vom Gemeinderat vorgesehenen Massnahmen. Dazu haben wir einige kritische Punkte. Zuerst die positiven: Wir sehen gute Ansätze im Massnahmenpaket – die Festlegung von zusätzlichen Berondungen von Brennpunkten wie Bahnhöfe, Schulanlagen oder Busstationen, die konsequente Durchsetzung des Gesetzes, die Verbesserung des Strassenunterhalts zu Gunsten des Veloverkehrs, die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Perimeter von Schulanlagen und Schulwegen –, wobei die Aufzählung nicht abschliessend ist. In anderen Punkten sind wir aber der Meinung, dass die Massnahmen auf halbem Weg stecken bleiben. Weshalb soll die geplante Vereinbarung mit den Fast-Food-Anbietern erst 2013 abgeschlossen werden? Das scheint uns viel zu spät. So viel uns bekannt ist, existiert bereits eine solche Vereinbarung mit Mc Donalds und wenn dem so wäre, handelt es sich um ein Umsetzungs- und nicht um ein Vereinbarungsproblem. Der Gemeinderat will die neu zu gründende Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum" prüfen lassen, ob ein Reglement für die Videoüberwachung geschaffen werden soll. Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich, auf welchen Erkenntnissen aus dem Sicherheitsbericht diese Massnahme beruht, weil nur 1 Prozent der Bevölkerung und 13 Prozent der Schüler/-innen mehr polizeiliche Aktivitäten per Videoüberwachung wünschen. Kann es sein, dass die Videoüberwachung ein beliebtes bürgerliches Steckenpferd ist? Einmal mehr: Wir sind für "human power" und nicht für "videopower" und deshalb sind wir der Meinung, dass gestützt auf diesen Bericht die Menge an Berondungen nach oben angepasst werden sollte. Die vorgeschlagene Massnahme des Gemeinderats ist unserer Meinung nach etwas zu zögerlich.

Ein Wort zur Schulsozialarbeit: Richtigerweise wird in den Massnahmen die gezielte Betreuung von auffälligen Jugendlichen unter anderem durch die Schulsozialarbeit aufgeführt. An und für sich sind wir der Meinung, dass sie eine gute und geeignete Massnahme gegen die aufgedeckten Sicherheitsdefizite der verunsicherten Jugendlichen ist. Genau diese Massnahme steht aber auf der Liste der Ausgabenkürzungen, wie vom Gemeinderat im zurückgewiesenen Voranschlag 2011 vorgeschlagen. Wie soll das gehen? Das muss anders gelöst werden.

Der Sicherheitsbericht wird von der SP/JUSO-Fraktion an und für sich zustimmend zur Kenntnis genommen, die Massnahmen überzeugen aber nicht in allen Punkten. Deshalb wird die SP/JUSO-Fraktion insgesamt mehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht nehmen.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für mehrheitlich sehr positive Aufnahme des Sicherheitsberichts. Die Befragung ist 2009 durchgeführt worden und alt Gemeinderätin Marianne Streiff konnte im Dezember 2009 darüber informieren. Dass der Antrag des Gemeinderats erst jetzt vorliegt, ist mir fast ein wenig peinlich, denn ich hätte ihn gerne früher vorgelegt. Bei der Analyse des Sicherheitsberichts kamen wir aber zum Schluss, dass gewisse Massnahmen umgesetzt werden müssen und dafür benötigten wir Zeit. Der grösste Zeitaufwand wurde für den Umbau der so genannten "Koordinationsgruppe soziale Sicherheit" – im Bericht Beilage 3 – in die beiden Arbeitsgruppen "Jugend" und "Sicherheit" benötigt. Das ist in meinen Augen die erste wichtige Konsequenz des Sicherheitsberichts. Festgestellt worden ist, dass sich vornehmlich Jugendliche am Abend unsicher fühlen. Anna Mäder hat richtig festgehalten, dass auch wir zum Schluss gekommen sind, dass sie Angst vor ihren eigenen Kreisen haben. Die "Arbeitsgruppe Jugend" will sich genau diesem Problem annehmen. Alles was Schule, Schulsozialarbeit, Jugendorganisationen betrifft, ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Die Arbeitsgruppe arbeitet mit Runden Tischen. Im vergangenen Jahr durfte ich persönlich erleben, was ein solcher Runder Tisch bewirken kann. In Schliern bestanden grosse Schwierigkeiten bei einer Bushaltestation. Einerseits konnte mit polizeilichen Massnahmen, andererseits aber mit dem Runden Tisch und zusammen mit der Juk Köniz eine Beruhigung der Situation geschaffen werden. An diesem Runden Tisch diskutieren 25 Personen aus allen Kreisen – Kirche, Schule, Hauswarte, Polizei – konstruktiv und zielführend über Massnahmen und deren Umsetzung. Die "Arbeitsgruppe Jugend" ist selbstständiger und etwas losgelöst von der Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum", in welcher ich Einsitz habe, die eher für die repressiven Angelegenheiten zuständig ist. Diese Trennung ist in meinen Augen sehr wichtig. Die zweite wichtige Konsequenz sind die von Gemeinderat beschlossenen Massnahmen. Wenn Anna Mäder moniert, dass die Verträge mit Fast-Food-Anbietern in Bezug auf das Littering erst 2013 abgeschlossen werden: Wir haben diese Massnahme als Ziel in die Legislaturplanung aufgenommen und wollen dies bis spätestens 2013 abschliessen. Die Bestrebungen beginnen jedoch schon viel früher.

Der Bericht ist auch in meinen Augen eine gute Basis für die Beurteilung des Sicherheitsempfindens der Könizer Bevölkerung und ich habe Freude daran, dass dieses so positiv ausgefallen ist. Es gibt immer Punkte wo man der Meinung sein kann, dass mehr getan werden muss. Das tun wir auch. Der Kontakt zur Kantonspolizei ist sehr eng. Wünsche für Änderungen von Berondungen oder für die Bewachung von Brennpunkten können wir fast wöchentlich anbringen. Wir arbeiten während gewissen Phasen mit den "Broncos" zusammen. Ich erinnere an die Halloween-Nacht, wo dank diesen Sicherheitspersonen grosse Schäden vermieden werden konnten. Ein Wort zur Videoüberwachung: Der Gemeinderat hat diese nicht in den Massnahmenkatalog aufgenommen, weil sie zurzeit Mode ist, sondern weil bis Ende September 2010 bei den Schulanlagen bereits Vandalenschäden von mehr als 70'000 Franken zu verzeichnen sind. Insbesondere in einer Schulanlage sind erhebliche Schäden verursacht worden: Zwei Mal sind grosse Fensterscheiben zu Bruch gegangen. Mit sehr viel Glück konnte eine Verursachergruppe erwischt werden. Die andere leider nicht. Weil einige Jugendliche nicht wissen was sich gehört, müssen für die Behebung der Schäden Steuergelder ausgegeben werden, die andernorts sinnvoller eingesetzt werden könnten. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Entscheid des Gemeinderats richtig ist, die Ausarbeitung eines solchen Reglements zu prüfen.

Beschluss

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Detailbericht der Bevölkerungsbefragung zum Thema Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz, sowie von den vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen und der organisatorischen Neuausrichtung im Bereich „Sicherheit im öffentlichen Raum“.

(abgegebene Stimmen: 27 zustimmend, 7 teilweise zustimmend)

7. 0624 Postulat (Grüne Köniz) "Velonetz Köniz"

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Der Vorstoss beinhaltet drei Forderungen: Erstens die Auscheidung von Velo-Hauptachsen, die wirkliches Potenzial haben und diese zu sicheren, attraktiven und schnellen Verbindungen zu machen. Zweitens fordern wir eine durchgehende Markierung oder Signalisation von Velorouten. Drittens fordern wir die Information der Bevölkerung. Der Gemeinderat hat für mehr als 100'000 Franken ein Langsamverkehrskonzept in Auftrag gegeben. Mit folgenden Aussagen: Erstens zu den Hauptachsen: "Es wurde bewusst auf die Definition eines Hauptnetzes verzichtet." Zweitens werden die Themen Markierung und Beschilderung im Konzept sehr spärlich behandelt und es bestehen keine Hinweise darauf, was und wie beschildert werden soll. Es besteht auch kein Konzept für die Markierung. Drittens ist in Bezug auf die von uns geforderte Information der Bevölkerung im Langsamverkehrskonzept dasselbe aufgeführt wie bereits im Vorstoss: "Die Realisierung der Massnahmen ist durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten." Es ist nicht ausgeführt, wie genau diese aussehen soll.

Einen solchen Prüfbericht wie er jetzt vorliegt, haben wir nicht gefordert und ich hoffe, dass uns niemand den Vorwurf macht, wir hätten hohe Kosten verursacht. Wir haben im Vorstoss einen lösungsorientierten Ansatz gewünscht. Massnahmen sollen dort ergriffen werden, wo sich der grösste Teil der Velofahrenden bewegt und dort wo eine Route grosses Potenzial hat. Drei weitere Bemerkungen zum Langsamverkehrskonzept: Das Konzept ist defizitorientiert und sucht nach Schwachstellen. Das ist sehr ausführlich dokumentiert und wir hoffen, dass damit eine wichtige Grundlage für zukünftige Planungen geschaffen wird. Das Konzept ist im GIS-System der Gemeinde Köniz (Geo-Informationen-System). Leider musste ich feststellen, dass das Konzept auch kontraproduktiv sein kann. Die gefährlichste Stelle auf meinem Arbeitsweg befindet sich für mich persönlich auf der Kirchstrasse bei der Abzweigung in den Frischingweg. Diese Stelle ist nicht im Langsamverkehrskonzept enthalten. Anlässlich der Debatte über die Sanierung der Kirchstrasse habe ich darauf hingewiesen. Die Antwort der Verwaltung: Diese Stelle sei nicht im Langsamverkehrskonzept enthalten und deshalb drängen sich keine Massnahmen auf. Ich hoffe, dass dies nicht der zukünftige Umgang mit dem Langsamverkehrskonzept ist. Im Langsamverkehrskonzept sind auch Widersprüche enthalten. Immer wieder ist von Netzlücken die Rede, ohne dass überhaupt ein Netz definiert ist. Von Alternativrouten ist die Rede, ohne dass diese in einem Gesamtzusammenhang dargestellt sind. Die Karten bieten dafür keine gute Übersicht. Auch die Aussagen bezüglich Markierung und Signalisation sind spärlich und widersprüchlich. Der beste Teil befindet sich in meinen Augen auf Seite 42, die umsetzungsorientierte Zusammenfassung der Massnahmenpakete. Aber auch in diesem Massnahmenpaket ist kein Wort über die Beschilderung enthalten.

Das Langsamverkehrskonzept ist teuer, defizitorientiert, nicht immer konsistent und entspricht vor allem nicht den Forderungen im Vorstoss. Ich persönlich würde vom Langsamverkehrskonzept ablehnend Kenntnis nehmen, so ich könnte.

Die Frage ist jedoch, ob der Vorstoss abgeschrieben werden soll oder nicht. Der Vorstoss hat eine "Slalom-Geschichte" hinter sich. Eingereicht worden ist er als Motion, überwiesen als Postulat. Beantwortet wurde er mit einem sehr umfangreichen Bericht, aber in der Wirkung hat er den Stellenwert einer Motion. Ein grosser Teil der Forderungen werden an anderen Stellen erfüllt, z. B. in der Legislaturplanung. Zwei Netzlücken sollen beseitigt werden und jährlich soll eine Schwachstelle saniert werden. In der Ortsplanungsrevision ist tatsächlich ein Netzplan ausgearbeitet worden mit der Definierung von Haupt- und Nebenrouten. Soweit ich gesehen habe, sind sehr gute Massnahmenblätter vorhanden. Nun müssen die Massnahmen noch umgesetzt werden und alle, die der Abschreibung des Vorstosses zustimmen, bitte ich bei der Umsetzung der Massnahmen mitzuhelfen.

Wir stimmen der Abschreibung des Vorstosses zu, werden aber einen weiteren Vorstoss einreichen, mit dem eine bessere Beschilderung und Markierung der Veloachsen gefordert wird. Das in Koordination mit den umliegenden Gemeinden.

Fraktionssprecherin Stephe Staub-Muheim (SP): Mein Blickwinkel ist ein etwas anderer als der von Hansueli Pestalozzi. Im REK (Raumentwicklungskonzept) ist die Vision Modalsplit – $\frac{1}{3}$ Autoverkehr, $\frac{1}{3}$ öffentlicher Verkehr, $\frac{1}{3}$ Velo- und Fussgängerkehr – formuliert worden. Ein konsequenter Ausbau eines aktiven und attraktiven Velo- und Fusswegnetzes war dabei die Voraussetzung. Ich danke dem Gemeinderat, allen voran der federführenden Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, dass er diese Vision ernst genommen hat, dem Postulat gefolgt ist und das Thema Langsamverkehr als ganzheitliches Konzept in Auftrag gegeben hat. Ich als passionierte

Velofahrerin und Fussgängerin, wie auch die meisten unserer Fraktion, fühlen sich mit unserem langjährigen Anliegen ernst genommen. Zum ersten Mal sind sämtliche Anliegen des Langsamverkehrs in einem ausführlichen Konzept eingebunden und analysiert worden. Der breit angelegte Schlussbericht wird als Grundlage in die Ortsplanungsrevision einfließen und kommt im Rahmen der Ortsplanung zur Vernehmlassung in die Mitwirkung. So habe ich's gelesen und mir dabei gedacht, dass ich allen Einwohnenden der Gemeinde Köniz mitteile, sich im Mitwirkungsverfahren einzugeben. Dann kam die Ernüchterung: Auf der Homepage habe ich kein Langsamverkehrskonzept gefunden. An der Präsentation der Ortsplanungsrevision vom letzten Mittwoch war ich dabei. Im abgegebenen Ordner für das Mitwirkungsverfahren fehlt das Langsamverkehrskonzept. Im Mitwirkungsbericht sind genau vier Fragen zum Langsamverkehrskonzept enthalten. Davon bin sehr enttäuscht und ich bin der Meinung, dass dem Langsamverkehrskonzept deutlich mehr Gewichtung zu geben ist. Weil die Vernehmlassung bereits begonnen hat, mache ich hier auf drei Punkte aufmerksam: Bei Verkehrsanlagen sollte für geradeaus Velofahrende eine separate Velosignalisation angebracht werden. Ist es möglich, das Langsamverkehrskonzept auf der Homepage aufzuschalten? Ist es eventuell möglich, dieses noch an die Betroffenen nachzusenden? Die Verbindung Muhlerstrasse – Stapfenstrasse ist in den Massnahmen enthalten, was mich freut. Ich hoffe, dass bei der Realisierung des Langsamverkehrsprojekts bei der Planung und Realisierung auch ein Velofahrer mit dabei ist, denn ich möchte nicht nach dessen Realisierung für die Bergfahrten einen Flyer kaufen müssen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die beiden Voten und für die kritischen Bemerkungen zum Langsamverkehrskonzept. Das Dokument ist wichtig. Die ganze Gemeinde ist analysiert und die Resultate sind auf eine Datenbank übertragen worden. Gerade vorhin haben wir feststellen müssen, dass der Verkehr unsere Bevölkerung beschäftigt. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Verkehr möglichst sicher zu gestalten.

Zu Hansueli Pestalozzi: Ich verstehe, dass er mit dem Langsamverkehrskonzept nicht ganz einverstanden ist, bzw. dass nicht alle Antworten darin enthalten sind. Diese sind aber in den Konzeptplänen Verkehr enthalten, es existiert sowohl für den Fussgänger- und Veloverkehr wie auch für den öV und den MIV (Motorisierter Individualverkehr) je ein Plan auf dem alle Routen eingezeichnet sind. Hansueli Pestalozzi wünscht, dass Velohauptachsen ausgeschieden werden. Wir haben jedoch die Strategie, dass jede Strasse für Velofahrende wichtig ist und alle Strassen für Velofahrende sicher sein sollen, auch die Hauptachsen. Die durchgehende Markierung von Velorouten ist gewünscht. Velorouten sind bereits markiert und wir wollen nicht noch eine weitere Markierung anbringen, da sonst ein "Markierungssalat" entstehen könnte. Zur gewünschten Information der Bevölkerung: Mit der öffentlichen Mitwirkung zur Richtplanung ist über alle Pläne informiert worden. Wir informieren weiter in verschiedenen Ortsteilen der Gemeinde Köniz über die Richtpläne. Der Gemeinderat hat sich das Legislaturziel gesetzt, pro Jahr eine Massnahme aus dem Langsamverkehrskonzept umzusetzen. Wir nehmen dieses ernst.

Stephie Staub hat moniert, dass das Langsamverkehrskonzept in der Ortsplanungsrevision nicht enthalten ist. Das ist richtig, es ist nicht im Ordner enthalten. In den Massnahmenblättern Verkehr sind alle 78 Massnahmen einzeln aufgeführt. Im Internet ist das Langsamverkehrskonzept aufgeschaltet und Dokumente können jederzeit bei der Verwaltung bestellt werden. Stephie Staub-Muheim wünscht separate Ampeln für Velofahrende. Das ist überall dort der Fall, wo Pförtnersignalanlagen vorhanden sind. Wir erklären uns mit dem Langsamverkehrskonzept zufrieden, es sind nicht nur teure Massnahmen aufgezeigt, sondern auch kostengünstige Lösungen. Weitere Inputs können im Rahmen der Richtplanung eingegeben werden. Wir sind froh über Rückmeldungen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Wir haben den Eindruck, dass auch bei einer vollständigen Umsetzung des Konzepts noch nicht der angestrebte Modalsplit von je $\frac{1}{3}$ vorhanden sein wird. Wir sind der Meinung, hier muss noch mehr vorgenommen werden. In Bezug auf die Beschilderung: Beschilderungen für nationale und regionale Velorouten, die vor allem dem Freizeitverkehr dienen, sind vorhanden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, als so genannt dritte Stufe lokale, kommunale Routen zu markieren, die dann eher dem Pendlerverkehr dienen. Es geht darum, diese Velorouten sichtbar zu machen.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

8. 0812 Motion (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand"
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis 20. Oktober 2012 verlängert.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

9. 0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser"
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen stimmt der Verlängerung der Erfüllungsfrist zu. Die Antwort des Gemeinderats scheint uns allerdings etwas wirr. Es geht uns nicht darum, dass Minergie-P-Häuser gebaut werden. Uns geht es darum, das Ziel in eine Weisung oder in ein Reglement aufzunehmen und in Zukunft gemäss diesem zu handeln. Ausserdem ist die Forderung keineswegs mehr revolutionär. Beispielsweise hat das EU-Parlament beschlossen, dass ab 2018 alle öffentlichen Bauten und ab 2020 alle Gebäude in der EU quasi Null-Energiehäusern entsprechen müssen.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis 8. Dezember 2012 verlängert.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

10. 1008 Motion (BDP) "Park Liebefeld"
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Philippe Guéra (BDP): Der Park Liebefeld ist für die Gemeinde Köniz sehr wichtig. Das kann schon dem Leitbild entnommen werden, wo ein schönes Bild des Parks unter dem Titel "Nachhaltig in die Zukunft" aufgeführt ist. Den Leitsätzen kann entnommen werden, dass "die Pflege des öffentlichen Raumes als Ort der Begegnung" als Handlungsschwerpunkt definiert ist, "mit hoher Verfügbarkeit öffentlicher Plätze und Einrichtungen für Jung und Alt und mit einer ansprechenden, zeitgemässen Gestaltung." In der Ortsplanungsrevision ist unter der Rubrik "Siedlungsqualität" ebenfalls der Park als Marketingmittel und Werbeträger aufgeführt. Wenn künftig all dem nachgelebt wird, was hier aufgeführt ist, muss man sich weder um die Zukunft des Parks noch um die Entwicklung der Gemeinde Köniz irgendwelche Sorgen machen. So einfach ist es aber bekanntlich nicht. Ein Wort zur Medienmitteilung vom 11. November 2010 des Gemeinderats, respektive zur Berichterstattung im "Bund" am Tag danach: Auch hier befindet man sich beim Lesen auf einem idyllischen Spaziergang durch den namhaft verbesserten Park. Die sehr komplette Berichterstattung inklusive den tragischen Flugunfall des Fischreihers, hat einen kleinen Schönheitsfehler: Die Motion bleibt gänzlich unerwähnt. Die Schilderung über das angestrebte Gleichgewicht im Teich zwischen Fried- und Raubfischen lässt uns aber ganz schnell wieder in die politische Realität zurückkehren. Bekanntlich gibt es in der Tierwelt und in der Politik immer sehr gut getarnte Exemplare.

Zur Motion: Mit politischen Vorstössen ist es wie mit Medikamenten. Man ist nicht immer sicher, ob die Krankheitssymptome nicht auch ohne die Medikamenteneinnahme verschwunden wären, bzw. wem oder was die Wirkung zu verdanken ist. Die BDP-Fraktion hat die Motion gestartet, weil aus finanziellen Gründen ein sofortiger Ausbaustopp zur Diskussion gestanden ist. Die Motion ist von der Hälfte der Parlamentsmitglieder unterzeichnet worden, die FDP-Fraktion hat aufgrund Bedenken in Bezug auf die Glaubwürdigkeit auf die Unterzeichnung verzichtet. Im Vergleich zum Frühling 2010 präsentiert sich der Park Liebefeld heute in einem stark verbesserten und gebrauchsfähigen Zustand, was der Zielrichtung der Motion entspricht. Die BDP-Fraktion freut sich über das bisher erreichte Ergebnis, dass der Park im Sommer im Sinn unserer Anliegen gestaltet werden konnte und dass er bei der Bevölkerung viel Anklang findet. Dafür gebührt allen Verantwortlichen, von Gemeinderätin Rita Haudenschild bis zur Putzequipe herzlicher Dank. Neues Ziel muss nun aber sein, den aktuellen Stand inklusive Bistro zu halten. Eine Klarstellung: Der Vorstoss der BDP-Fraktion soll kein Kostentreiber sein. Die volle zweite

Ausbauetappe muss warten. Weitere kleinere massvolle Verbesserungen sollten jedoch möglich sein, Ideen dazu bestehen. Aber auch diese haben sich an den zur Verfügung stehenden knapp gewordenen Mitteln zu orientieren.

Die BDP-Fraktion erklärt sich mit dem Antrag des Gemeinderats, die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich zu erklären, einverstanden.

Eine kurze Bemerkung zur Begleitgruppe: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die bisherige 36-köpfige Begleitgruppe aus der Bauzeit durch eine ständige Begleitgruppe mit maximal neun Personen abgelöst werden soll. Das war uns so nicht bekannt. Wir können uns aber der Auffassung anschliessen, dass die Zusammensetzung der Begleitgruppe grundsätzlich in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Es wird darauf verzichtet, hier irgendwelche Richtlinien vorzugeben. Es wird auch zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat vorsieht, die Begleitgruppe breit abzustützen. Sollte dies nicht der Fall sein, melden wir uns wieder.

Die BDP-Fraktion erklärt sich auch in Bezug auf die Begleitgruppe mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden.

Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP): Weihnachten steht vor der Tür, meine Söhne schreiben fleissig Wunschlisten ans Weihnachtskind. Auch in der Politik können Wunschzettel verfasst werden, aber wir wissen alle, dass das Christkind nicht existiert. Wir müssen realistisch bleiben. Dass der Park Liebefeld realisiert ist, ist gut. Gut ist auch, dass die grosse Fläche grün erhalten werden konnte und der Bevölkerung als Ganzes zur Verfügung steht. Über die Qualität, die Benutzerfreundlichkeit und das Preis-/Leistungsverhältnis von dem, das seinerzeit unter dem doch etwas verräterischen Projektnamen "Oxymoron" – Widerspruch oder Gegensatz – für immerhin 2,5 Millionen Franken designt worden ist, kann man sich trefflich streiten. Es gibt sicher Verbesserungsmöglichkeiten, da gehen wir mit den Motionären einig. Punktuell und pragmatisch sind denn auch Verbesserungen geprüft und teilweise vom Gemeinderat umgesetzt worden. Er listet sie in seiner Antwort auf. Es sind Verbesserungen mit einem konkreten Nutzen und die Attraktivität des Parks ist direkt erhöht worden. Was jedoch darüber hinausgeht, da ist die FDP-Fraktion für einen Marschhalt. Was nichts kostet, ist nichts wert, sagt man. Der Park ist und bleibt uns aber teuer, ich erinnere nur an den Unterhalt. Die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz und eine konsequente Haltung gegenüber dem Wunschbedarf erfordert eine Priorisierung der Aufgaben. Einzelne Projekte können und dürfen aus unserer Sicht nicht dem normalen politischen Prozess entzogen und bevorzugt behandelt werden. Ein allfälliger Weiterausbau des Parks muss Einfluss in die Aufgabenüberprüfung haben und in einem breiten Dialog stattfinden. Machen wir das nicht, werden wir selber zu einer Art parlamentarischem Oxymoron, zu einem Widerspruch. Nach dem Entscheid zum Voranschlag 2011 am letzten Montag gilt das noch viel stärker als vorher. Auch in Bezug auf den Ausbau der Begleitgruppe teilen wir die Haltung des Gemeinderats. Es gilt: Gross ist nicht unbedingt besser.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb die Motion in beiden Punkten abzulehnen.

Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne): Nach dem Entscheid auf Rückweisung des Voranschlags 2011, unter anderem durch die Motionäre selber, muss der Vorstoss eigentlich zurückgezogen werden. Klar ist seit längerem, dass die zweite Ausbauetappe des Parks aufgrund der angespannten Finanzlage nicht im gewünschten Umfang realisiert werden kann. Aber auch ohne grosse Investitionen hat der Park gerade dieses Jahr sehr viel Farbe und Konturen erhalten. Viele der Motionsforderungen sind bereits erfüllt, z. B. die Verbesserung des Kiesbelags, das Bistro, die Toilettenanlage, die Rutschbahn, usw. Ein Park muss wachsen, er kann nicht von Anfang an fixfertig sein. Je nach Nutzung und Bedürfnis der Benützenden sind Anpassungen nötig. Genau das ist die Strategie des Gemeinderats. Für 2011 ist die Wiedereröffnung des Bistros geplant, das ist sehr gut und kostet die Gemeinde keinen Rappen. Was weiter möglich sein soll, ist abhängig von der finanziellen Situation und wo wir unsere Sparprioritäten setzen wollen. Deshalb macht es absolut keinen Sinn, jetzt schon den Weiterausbau des Parks zu definieren.

Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats, den ersten Teil des Vorstosses als Postulat zu überweisen.

Eine ständige Begleitgruppe aus 9 Personen ist in unseren Augen sinnvoll. Eine grössere Gruppe wäre zu schwerfällig. Alle Bedürfnisse sind damit abgedeckt, alle Anliegen können eingebracht werden.

Wir stimmen im Bezug auf die Begleitgruppe dem Antrag des Gemeinderats zu.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Seit der Einreichung der Motion ist ein weiterer Sommer durchs Land gezogen. Für den Park war es ein guter Sommer. Die SP/JUSO-Fraktion hat den Eindruck, dass der Park auf einem guten Weg ist. Wir haben uns

zwar oft und ausführlich darüber unterhalten, was alles noch zu verbessern wäre, haben aber den Eindruck, dass Gutes geschehen ist und das Bistro hat das Seine dazu beigetragen. Wir warten besonders gespannt auf die Auswertung zusammen mit der Kreditabrechnung. Ob all den Wünschen, Zweifeln, Bedenken und Ideen gilt es zu bedenken, dass hier mitten in Köniz ein unbebautes Stück Land ist, was an und für sich schon etwas Grosses ist. Allzu viel darf nicht mehr hineingepackt werden, weil sonst kein Platz mehr für die Benützenden bleibt. Deshalb sollte unserer Meinung nach das Gewicht vor allem auf die Nachbesserungen gelegt und mit neuen Ideen muss eher zurückhaltend umgegangen werden. Wir erklären uns damit einverstanden, die bestehende Begleitgruppe in ihrer Grösse zu belassen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich erklären und in Bezug auf die Begleitgruppe ablehnen.

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich war Mitglied der Begleitgruppe, die aus 39 Mitgliedern bestanden hat. Die Arbeit in der Begleitgruppe war spannend und verlief erstaunlicherweise gut und effizient. Ich schlage eine Bresche für die Senioren. Ich bin der Meinung, dass es nicht genügt, wenn eine Person aus der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit vertreten ist, sondern in meinen Augen muss eine Person aus dem Seniorenforum vertreten sein. Das Seniorenforum hat regelmässig an den Sitzungen teilgenommen und konstruktiv mitgearbeitet.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Zum Votum von Barbara Perriard in Bezug auf das Christkind: Kinder glauben noch ans Christkind. Später aber realisieren sie, dass ihre Geschenke durch die Eltern finanziert werden. Mir scheint es, als würde auch die BDP-Fraktion noch ans Christkind glauben und später realisieren, dass die Mittel für die Realisierung der Wünsche von der Gemeinde kommen.

Martin Graber (SP): Ich habe eine Frage an Gemeinderätin Rita Haudenschild in Bezug auf den Antrag: Der Gemeinderat stellt den Antrag, die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich zu erklären. Mich interessiert, was für einen zusätzlichen Postulatsbericht wir noch erwarten können.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Der Park lebt, er interessiert. Ich danke Philippe Guéra dafür, dass er dieses Interesse ins Parlament gebracht hat. Ich danke ihm für seinen Dank an die Putzequipe, denn diese ist sehr wichtig; sie ist dafür besorgt, dass der Park attraktiv bleibt. Wir haben im Herbst 2010 eine Umfrage zum Betrieb – vor allem auch zum Betrieb des Bistros – vorgenommen. Der Bericht – die Umfrage mit der Auswertung – wird ab Mitte Woche auf der Homepage der Gemeinde Köniz abrufbar sein. Zum Bistro: Wir beabsichtigen, dieses in den nächsten drei Jahren mit den bisherigen Betreibern als Sommerbistro weiter zu betreiben. Sie haben ihr Interesse kundgetan. Die beiden Bedingungen Wirtschaftlichkeit und keine Reklamationen von Anwohnenden in Bezug auf Ruhestörungen sind erfüllt. Die Mittel für allfällige Verbesserungen des Parks werden aus dem laufenden Budget entnommen.

Zu Martin Graber: Wir wollen in dieser Legislatur mit einer Planung prüfen, was in der zweiten Ausbaustufe realisiert werden kann, wenn eine solche aufgrund der Finanzlage überhaupt möglich ist. In der laufenden Legislatur ist im Investitionsplan ein Planungskredit eingestellt. Das muss jedoch mittelfristig verschoben werden. Im Unterhaltsbudget für 2011 ist vorgesehen, beim Bistro einen Behindertenparkplatz zu realisieren. Das Bistro soll in kleinem Umfang ausgebaut werden, was durch die Betreiber realisiert wird. Dazu ist eine Baubewilligung notwendig. Wir möchten die Infostelen realisieren, für die im Unterhaltsbudget 2010 keine Mittel mehr vorhanden waren. Weiterhin haben wir vorgesehen, die Wege so aufzubereiten, dass sie auch für Wagen mit kleineren Rädern befahrbar sind. Mehr liegt zurzeit nicht drin.

Zur Begleitgruppe: In der Parkverordnung haben wir auf der letzten Seite vorgeschlagen, dass eine Begleitgruppe aus 9 Mitgliedern bestehen soll. Es ist absolut möglich, dass ein Mitglied des Seniorenforums Einsitz nehmen kann. Das war so nicht vorgesehen, wir werden dies aber prüfen.

Ich bitte Sie, der Motion gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Martin Graber (SP): Ich danke Gemeinderätin Rita Haudenschild für ihre Ausführungen. Auch ich habe den Vorstoss unterzeichnet. Mir ist jedoch nicht klar, weshalb der Vorstoss nicht schon abgeschrieben werden soll. Vielleicht könnte mit den dafür eingesparten Mitteln der Basketballplatz verbessert werden. Ich weiss nicht, was der Gemeinderat in einem Bericht Neues schreiben soll. Ich stelle folgenden Antrag: Falls das Postulat erheblich erklärt wird, dieses gleichzeitig abzuschreiben.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ein grosser Ausbau benötigt eine gute Planung, die alle Kostenfolgen aufzeigen soll. Kleine Verbesserungen werden aus dem laufenden Unterhaltsbudget finanziert. Ich kann nicht genau sagen, was in den nächsten zwei bis drei Jahren alles auf uns zukommt. Wichtig ist aber, dass der Kiesbelag bei den Lindenbäumen verbessert wird, damit die Bäume ungehindert wachsen können. Das wäre die dringendste Ausgabe der zweiten Ausbaustufe.

Parlamentspräsident Christian Burren: Wir stimmen zuerst über die beiden Anträge des Gemeinderats ab und anschliessend über den Antrag auf Abschreibung.

Beschluss

Die Motion wird in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: 23 dafür, 5 dagegen)

Beschluss

Die Motion wird in Bezug auf die Begleitgruppe abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

Der Antrag auf Abschreibung des Postulats wird angenommen
(abgegebene Stimmen: 25 dafür)

11. 1009 Postulat (BDP) "Könizer Strombörse"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Franziska Keller (BDP): Bei der Strombörse geht es um Folgendes: Herr Meier hat Geld, aber keine Zusage für die Einspeisevergütung erhalten. Herr Müller nebenan wäre bereit, mehr für Ökostrom zu bezahlen, hat aber entweder keine Lust oder kein Geld für eine solche Investition. Nun geht es darum, diese beiden Parteien zusammenzubringen. Offensichtlich ist auch der Gemeinderat und die DUB dafür. Wir sind froh, dass der Gemeinderat diese Idee genauer abklären lassen möchte. Eine kleine Ergänzung zum Text: Auf Seite 3 steht: "Der Gemeinderat geht mit den Postulantinnen und Postulanten einig, dass die Idee einer "Könizer Strombörse" geprüft werden soll." Der letzte Satz lautet: "Dies mit dem Ziel, der Könizer Bevölkerung auch längerfristig Alternativen anbieten zu können." Eigentlich ist im Motionstext enthalten, dass sowohl die Wohneigentümer als auch die KMU- und Landwirtschaftsbetriebe bei dieser Idee berücksichtigt werden sollen.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Wir empfinden die Gemeinde Köniz als fortschrittliche Gemeinde und wären froh, wenn konkrete Massnahmen für die Förderung von erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Die Forderung der Prüfung einer Könizer Strombörse deckt sich mit der Energie- und Umweltpolitik der FDP. Grundsätzlich hätten wir die Strombörse auf einer höher gelegenen Ebene bevorzugt, d. h. kantonal oder national, weil sich bei einer solch kleinen Börse die Kosten-/Nutzen-Frage stellt. Die Schaffung einer Strombörse ist zu begrüssen, weil hier Marktinstrumente für Umweltprobleme zu Hilfe genommen werden und Anreize statt Subventionen in der Praxis immer bessere Resultate zeigen. Positiv werten wir auch die Idee in der Antwort, dass die Gemeinde vor allem Aufbauarbeit leisten und die Ausführung dann an Private übergeben werden soll.

Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat für eine Könizer Strombörse einstimmig.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Der Vorstoss tönt einfach und verlockend. Es wird mit ökologischem Strom gehandelt, der lokal produziert und lokal verbraucht wird. In Mittelhäusern ist eine solche Strombörse bereits umgesetzt. In der Strassweid in Mittelhäusern befindet sich eine der grössten Solaranlagen der Gemeinde Köniz, die Strom für 12 Haushaltungen liefert. Abnehmer unseres Stroms sind nicht Private, sondern das Elektrizitätswerk Zürich (EWZ). Dieses hat uns eine Abnahmegarantie von 20 Jahren offeriert, zu fixierten, leicht fallenden Strompreisen. Nur so konnten wir eine Investition von damals mehr als 300'000 Franken auslösen, fast ausschliesslich über private Darlehen. Dank diesem fixen Vertrag können wir die privaten Darlehen innert 20 Jahren zurückzahlen und zusätzlich einen Zins von 4 Prozent geben. Jetzt, drei Jahre

später würde die Investition nur noch zwei Drittel des ursprünglich bezahlten Betrags ausmachen, so stark sinken die Preise in diesem Markt. Für die Produktion von erneuerbarem Strom besteht in der Gemeinde Köniz fast ausschliesslich die Fotovoltaik. Wir schätzen dass das Potenzial auf den 6'800 Gebäuden der Gemeinde Köniz etwa für einen Viertel der Gesamtproduktion an Strom reicht. Wie bereits erwähnt, wird der Solarstrom immer billiger, zurzeit kostet er etwa 50 Rappen pro Kilowattstunde. Wir rechnen damit, dass er jedes Jahr 8 bis 10 Prozent billiger wird. In ungefähr 10 Jahren wird er demnach gleich teuer sein wie Strom aus der Steckdose. Für die Realisierung einer Strombörse ist viel Kapital notwendig und dieses Risiko will nur eingegangen werden, wenn der Absatz des Stroms gesichert ist. Das Problem ist somit Herr Müller, der Solarstrom kaufen will. Das tut er während fünf Jahren und schwenkt dann wieder auf den billigeren Strom aus der Steckdose über. Wie will man so aber die Investitionen zurückzahlen? Ich gehe mit Bernhard Bichsel einig, dass diese anspruchsvolle Aufgabe durch eine private Organisation übernommen werden muss. Auch die Gemeinde kann hier behilflich sein: Erstens indem sie eine gewisse Abnahmegarantie beim Kauf von Solarstrom gibt. Dies so lange bis die Anlage in die kostendeckende Einspeisevergütung aufgenommen werden kann. Die Gemeinde kann zweitens Dachflächen zur Verfügung stellen, wozu sie bereit ist. Sie könnte drittens auch einen so genannten Solardach-Kataster in Auftrag geben, wo mit vorhandenen Geodaten die Grösse der Solaranlage für jedes einzelne Haus berechnet werden könnte. Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

Zum Schluss noch eine Zahl aus Deutschland: Die Solaranlagen, die allein 2010 in Deutschland installiert worden sind, produzieren so viel Strom wie drei Atomkraftwerke Mühleberg zusammen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Bereits vor der Einreichung des Vorstosses sind einige Vorarbeiten geleistet worden. Wir haben uns Überlegungen zum Potenzial an Fotovoltaikanlagen auf unserem Gemeindegebiet gemacht, d. h. wie viel Strom in unserer Gemeinde daraus produziert werden könnte. Wir haben dies aufgrund des Energierichtplans gemacht und als Schritt in die Richtung der Ziele unserer Energiestrategie. Wir liessen folgende zwei Studien erarbeiten, die in den nächsten Tagen auf der Homepage der Gemeinde Köniz aufgeschaltet werden. In einer ersten Studie liessen wir die ca. 20 bestmöglichen Dächer in der Gemeinde Köniz prüfen, das sind vor allem Industriedächer von KMU. In der Zwischenzeit haben wir mit den Besitzern Kontakt aufgenommen und sie auf ihr Potenzial aufmerksam gemacht. In einer zweiten Studie liessen wir alle Gebäude im Besitz der Gemeinde Köniz untersuchen. Das sind mehr als 700 Gebäude. Wir liessen die Dachqualität prüfen und die Eignung für die Stromproduktion. Daraus sind 7 Dächer hervorgegangen, die sich ausgezeichnet eignen und weitere 20 die sich sehr gut eignen, usw. Interessant ist: Das Potenzial auf diesen Dächern ist auf 30 Prozent geschätzt, d. h. 30 Prozent des in der Gemeinde Köniz benötigten Stroms könnte mit Solaranlagen auf gemeindeeigenen Dächern gedeckt werden. Aber auch dafür müssen Investitionen getätigt werden und deshalb kommt uns der Prüfauftrag für die Schaffung einer Strombörse entgegen. Wir haben dazu noch keine Vorarbeiten geleistet, sondern erst erste Überlegungen und einige Vorgespräche vorgenommen. An nächsten Gesprächen wollen wir zusammen mit den BKW – konkret mit der Tochtergesellschaft Sol-E-Suisse AG – und mit ewb (Energie Wasser Bern) verhandeln und den Solarstrom an sie verkaufen oder eine Strombörse einrichten. Wie interessierte Konsument/innen zusammengeführt werden können, wollen wir im Rahmen des Postulats prüfen. Die Rolle der Gemeinde ist hier noch nicht klar. Der Auftrag ist in den Augen des Gemeinderats jedoch interessant und ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

12. 1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Ursula Wyss (Grüne): Leider habe ich von der Antwort des Gemeinderats nichts anderes erwartet und trotzdem bin ich enttäuscht. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt. Hier meine Überlegungen dazu: Die Gesamtauflage des Infoblatts "Köniz Innerorts" als Beilage der "Könizer Zeitung" von 43'000 Exemplaren wird mehrmals aufgeführt, ob-

schon dies total unnötig ist. In Schwarzenburg oder im Sensebezirk liest niemand "Köniz Innerorts" und wenn, wird er oder sie kein Einwohner der Gemeinde Köniz. So viel zum Thema Standortmarketing. Die Hälfte der Auflage würde demnach genügen. Besonders stossend ist es aber, den Preis pro Exemplar aufgrund der Auflage von 43'000 zu berechnen und daraus zu schliessen, diese Lösung sei supergünstig. Ein Witz ist die Umfrage, die nur bei den Lesern von "Köniz Innerorts" gemacht worden ist, sie ist überhaupt nicht repräsentativ. Dass mit dieser Umfrage gute Resultate erzielt werden, ist mir sonnenklar. Es ist wirklich schade, dass auf eine repräsentative Umfrage der gesamten Könizer Bevölkerung verzichtet wurde. In meinen Augen verkauft die Gemeinde das "Köniz Innerorts" sehr schlecht. Erstens ist es tief in einer umfangreichen Zeitung versteckt. Hat man es dann doch gefunden, ist die Aufmachung in meinen Augen für eine moderne Gemeinde fast etwas peinlich. "Köniz Innerorts" erscheint ziemlich amateurhaft und fällt gegenüber dem sehr guten Internetauftritt total ab. Von der scheinbar 2008 vorgenommenen Auffrischung habe ich nichts gesehen, der einzige Unterschied ist in der Titelseite zu finden. Wie auch der Gemeinderat bin ich weiterhin der Auffassung, dass trotz Internet eine Gemeindeinformationszeitschrift nötig ist. Es ist jedoch erstens schlecht, sie einer bestimmten Zeitung beizulegen, weil diese dadurch bevorzugt wird. Zweitens passt die heutige Aufmachung absolut nicht zu unserer modernen Gemeinde.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt.

13. Verschiedenes

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich bitte Sie, bei der Vorbereitung Ihrer Voten die Redezeit zu bedenken. In letzter Zeit ist diese oftmals überschritten worden. Dies gerade im Hinblick auf die nächste Sitzung am 13. Dezember 2010.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament